

61. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 5. Juni 2014

Auszug aus dem veröffentlichten Plenumsprotokoll

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Ich persönlich halte Edward Snowden für eine ganz außergewöhnliche Persönlichkeit, für einen Mann, der als Spion seinem Land dienen wollte. In eine solche Position kommt man mit 30 Jahren nur, wenn man über eine besondere Intelligenz und Schläue verfügt.

Der Tragweite seines Handelns war er sich sicherlich bewusst. Sein Spezialwissen über die unbegrenzte Durchdringung des Alltags der Bürger durch Bewegungsprofile von Mobiltelefonnutzern, die über Jahre gespeichert wurden, durch den NSA-Überwachungsapparat hat ihn bestimmt letztlich dazu bewogen, vor einem Jahr die Welt zu informieren.

So sind wir uns bestimmt über Parteigrenzen hinweg einig – das wurde eben schon deutlich –, dass wir Herrn Snowden dankbar sein müssen, dass er uns diesen Dienst erwiesen hat, dankbar für unsere Erkenntnis, dass Orson Welles auch jetzt schon überall ist und wir großen Respekt vor einer offenkundigen Entscheidung aus Gewissensgründen haben, mit der er alle persönlichen Nachteile in Kauf nimmt.

Leider befinden wir uns in dem grundsätzlichen Dilemma, mein lieber Kollege von den Piraten, dass wir im Landtag dieses Problem nicht lösen können, weil wir nicht zuständig sind.

Den Bruch mit dem positiven Recht in einer rechtsstaatlichen demokratischen Ordnung gegen das Motiv, der Öffentlichkeit einen höheren Dienst zu erweisen.

Was an Erkenntnissen unterm Strich bleiben wird und wie das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit neu justiert werden kann und darüber, ob durch die Sicherheitsinteressen unseres Partners massiver Schaden entstanden ist, wissen wir im Moment hier zu wenig.

Und uns fehlt leider faktisch die Zuständigkeit ebenso für diplomatische Interventionen wie für rechtspolitische Spekulationen. Das wurde im Ausschuss schon mehrfach diskutiert. Ich denke, wir haben uns damit schon intensiv auseinandergesetzt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Piraten, es ist nun schon mehrfach gesagt worden, dass wir die Themen, die im Bundestag zu diskutieren sind, nicht auf Landesebene herunterbrechen können. Dies kann man auch an diesem Antrag festmachen. Wir sehen keine Möglichkeit, vom nordrhein-westfälischen Landtag aus einen sinnvollen Beitrag zu leisten. Wenn wir das könnten, wäre ich sicherlich dabei.

Wir können hier jedoch – und das tun wir – noch einmal Problembewusstsein dokumentieren und aus den vorliegenden und den weiteren Erkenntnissen aus der NSA-Affäre die richtigen Schlüsse für uns selbst ziehen sowie mit unseren Partnern in den zuständigen handelnden Gremien in einer konstruktiven, wachsamem und intensiven Verbindung bleiben, und zwar im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestages, im Europäischen Parlament oder in der Kommission.

Angesichts dieser komplexen Sachlage gibt es im Moment keine schlüssige Alternative. Ich setze darauf, dass der Untersuchungsausschuss in Kooperation mit der Bundesregierung in Abwägung der Rechtsgüter unter Berücksichtigung der übergeordneten Belange sorgfältig prüfen wird.

Die Bundesregierung hat dem Ausschuss aktuell eine neue Stellungnahme zugeleitet. Offenbar stehen noch weitere Prüfungen an. Ich bin sicher, wenn es eine Möglichkeit gibt, Herrn Snowden wirklich Sicherheit in Deutschland zu gewähren, dann wird man diese Möglichkeit bestimmt nutzen.

Leider müssen Ihren Antrag aber aus den genannten Gründen heute ablehnen.

(Beifall von der CDU)